

## II.

Die heftigen politischen Auseinandersetzungen, welche der Nationalratswahl 1994 folgten, waren vor allem von zwei Themen aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik geprägt: zum einen von der Diskussion um die Arbeiterkammer als Folge zuerst der Kritik an überhöhten Gehältern leitender Angestellter in der AK-Steiermark und später der niedrigen Wahlbeteiligung an den AK-Wahlen vom 2./3. Oktober 1994, zum anderen von dem unmittelbar nach den Nationalratswahlen von den beiden Koalitionsparteien erstellten Programm der Budgetkonsolidierung für die neue Legislaturperiode, wobei die Inhalte dieses Programms und die Vorgangsweise bei seiner Erstellung gleichermaßen umstritten waren.

Das erstgenannte Thema, der „AK-Steiermark-Gehälter-Skandal“ betraf zwar eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Institutionen dieses Landes, hatte aber – zumindest vom Anlaß her – keinen wirtschaftspolitischen Inhalt. Die mit der „Pappendeckel-Methode“ äußerst medienwirksam kritisierten Gehälter einiger leitender Angestellter in der AK-Steiermark sind tatsächlich nach keinem üblichen Kriterium zu rechtfertigen. Dies hat aber auch niemand getan oder auch nur versucht. Die Erklärung ihres Zustandekommens hat deutliche Mängel im Kontrollsystem aufgezeigt, die Hauptkonsequenz diesbezüglich war allerdings längst gezogen (neue Kontrollausschüsse in allen Arbeiterkammern seit dem neuen AK-Gesetz 1992 mit wesentlich stärkeren Kontrollbefugnissen, Vorsitzender nicht von der Mehrheitsfraktion), die jetzt eingeführte Rechnungshofkontrolle ist in dieser Hinsicht nur als „Draufgabe“ zu sehen. Die Diskussion um die rückwirkende Korrektur der Verträge gegen den Willen der Betroffenen hat sehr schnell gezeigt, daß hier wesentlich höhere Rechtsgüter geopfert werden müßten, als es die – sicher begründbare – Absenkung der Gehälter jemals wert sein könnte.

Wenn der Anlaß selbst die Ausweitung zum „Skandal“ kaum in sich trug – wie konnte es dennoch dazu kommen, daß dieses Thema wochenlang die Medien beherrschte, daß plötzlich alle oder fast alle Funktionäre und Angestellte der AK als „Abkassierer“ im „Gagenparadies“ hingestellt wurden? Wir fühlen uns, obwohl selbst Betroffene, deswegen berechtigt, diese Frage so zu stellen, weil eine ganze Reihe von Stellungnahmen hochkarätiger unabhängiger Kommentatoren und Publizisten auf das krasse Mißverhältnis von Anlaß und den geforderten Konsequenzen hingewiesen haben. Man kann über die Pflichtmitgliedschaft geteilter Meinung sein, aber die ungerechtfertigte Mittelverwendung, soweit sie aus den inkriminierten Gehältern resultiert, ist nicht so bedeutend, daß sie